

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 1

Artikel: Was geht in Frankreich vor?
Autor: Schmid, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337329>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

keiten aufzutreiben. Die Schaffung solcher Räume und Freizeitheime ist vielleicht in erster Linie Sache der Gemeinden. Dazu müßte sich mancherorts wohl auch der Kanton finanziell daran beteiligen. Wir können uns aber, insbesondere für den Betrieb und Unterhalt solcher Gebäude und Einrichtungen, sehr wohl ein Zusammenwirken von Gemeinde, kulturellen Institutionen, Gewerkschaften und Industrieunternehmungen denken. Hier liegen neue Aufgaben einer neuen Zeit, und unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen müssen sich dieser Aufgabe annehmen, wenn sie selbst lebendig bleiben wollen.

HANS SCHMID

Was geht in Frankreich vor?

1. Von der IV. zur V. Republik

Als sich anfangs 1954 ein Teil der Muselmanen in Algerien gegen die französische Verwaltung und Bevölkerung erhob, dachte noch niemand daran, daß dieser Aufstand der IV. Republik das Leben kosten werde. Die Verfassung der IV. Republik war zwar vielen politischen Beobachtern als ungeeignet erschienen, die Stabilität der Regierung zu gewährleisten. Sie entsprach auch nicht der Entwicklung in den überseeischen Besitzungen Frankreichs. Die Normen des Verfassungsgesetzgebers von 1946, welche der Regierung eine gewisse Autorität sichern und zu häufige Regierungskrisen vermeiden sollten, erwiesen sich als unwirksam. Auch das französische Volk anerkannte diese Pseudo-Republik, die weder seinen Wünschen noch seinen Bedürfnissen entsprach, nie als die seinige.

Demnach war es im höchsten Grade befremdlich, wie der Präsident der Republik, René Coty, der Ministerpräsident Pierre Pflimlin und der Vize-ministerpräsident Guy Mollet, welche bis zuletzt eine starke Mehrheit der Nationalversammlung hinter sich hatten, 1958 zurücktraten. Acht Tage vor dem 13. Mai, dem Tage des Putsches französischer Offiziere in Algerien, verfügte General de Gaulle noch über keinen politischen Einfluß. Salan war auch in Frankreich eine unbekannte Größe. Der jetzige Premierminister Michel Debré war nichts anderes als ein ungestümer Polemiker. Als dann am 13. Mai Massu, Debré, Salan und andere de Gaulle auf den Schild erhoben, bekam es René Coty, dessen Hauptaufgabe als Präsident der Republik es hätte sein sollen, die Einhaltung der Verfassung zu überwachen, mit der Angst zu tun und ersuchte die Nationalversammlung und den Senat,

«angesichts des drohenden Bürgerkrieges einen Teil ihrer Privilegien und ihrer Überzeugungen um der Einheit der Nation willen zu opfern».



Ministerpräsident Pflimlin trat zurück und erklärte, das Risiko eines Bürgerkrieges sei tödlich für die Freiheiten. Guy Mollet seinerseits rechtfertigte in der Nationalversammlung einen Patriotismus, wie ihn Salan und Massu verstehen.

Unter diesen Einflüssen stimmte am 1. Juni 1958 die Nationalversammlung der Investitur des Generals de Gaulle mit 329 gegen 224 Stimmen zu. Die Regierung de Gaulle arbeitete in der Folge die Verfassung der V. Republik aus und versprach, den Krieg in Algerien zu beenden. Anfangs 1959 ließ sich de Gaulle zum Präsidenten der Republik für eine siebenjährige Amtsdauer wählen.

2. Die politische Situation

Der Regimewechsel in Frankreich bewies der algerischen nationalen Befreiungsfront (FLN), daß die Kräfte, die einer Lösung des Algerienproblems nach tunesischem oder marokkanischem Muster feindlich gegenüberstanden, in Algerien und in Frankreich beträchtlich waren.

Gleichzeitig genoß de Gaulle bei den muselmanischen Massen ein Prestige, wie keiner seiner Vorgänger in der französischen Politik.

Außerdem konnte er die voraussichtliche Dauer seines Regimes sowie seine persönliche Autorität in die Waagschale werfen.

De Gaulle weigerte sich in der Folge, mit dem FLN über die

Unabhängigkeit Algeriens

zu verhandeln, wünschte aber doch eine Übereinkunft über die Einstellung des Feuers. Die Armee erhielt jedoch die Weisung, ihre Operationen fortzusetzen und wenn möglich Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Gleichzeitig erhielt die zivile Verwaltung den Auftrag, ihre Ämter soweit möglich an Muselmanen zu vergeben und fähige Muselmanen, die bereits gehobene Positionen innehatten, zu bevorzugen. Allein damit war noch nichts darüber ausgesagt, ob de Gaulle für ein französisches oder ein unabhängiges Algerien eintrete.

Erst vom September 1959 an ließen die Reden de Gaulles darauf schließen, daß er für die zweite Lösung der Alternative eintrete. Damit distanzierte er sich von denjenigen, die ihn in den Sattel gehoben hatten. Dieser Umstand führte dazu, daß sich ein Teil der Armee von de Gaulle abwandte und in der Barrikadenwoche in Algier (Januar 1960) sowie im Putsch vom April 1961 versuchte, zum mindesten in Algerien die Macht an sich zu reißen.

Diese Anmaßung der Offiziere, sich über die aus Paris erhaltenen Befehle hinwegzusetzen, ist aus der Rolle der Armee in den letzten fünfzehn Jahren zu erklären: In Indochina kämpfte sie seit 1946 einen aussichtslosen Krieg durch, getragen vom leidenschaftlichen Wunsch, zu siegen und damit

den Makel aus dem Zweiten Weltkrieg zu beseitigen. Als die Truppen 1954 von Indochina nach Algerien verlegt wurden, standen sie vor der gleichen Situation: militärisch überlegen, hinderte einzig die Politik die Armee am kompromißlosen Durchgreifen.

Währenddem die algerischen Nationalisten vielleicht sämtliche Schlachten im Felde verloren, festigte die Provisorische Algerische Regierung ihre internationale Position immer mehr. Sie wurde von den arabischen Staaten anerkannt, mit Moskau und Peking wurden Beistandspakte abgeschlossen; sie erhielt auch die Unterstützung der blockfreien Staaten.

Nachdem nun selbst de Gaulle den Algeriern das Recht auf Selbstbestimmung zubilligte, galt der Krieg vom psychologischen Standpunkt aus zum vornherein als verloren. In diesem Sinne sind die erwähnten Militärputschs zu verstehen. Auch die Art, wie de Gaulle den Algeriern das Selbstbestimmungsrecht zugestand, war psychologisch falsch. Er tat dies im Stile eines Landesfürsten, anstatt im Stile eines Gleichberechtigten, der mit seinem Partner diskutiert und etwas einzuhandeln versucht. Die Problematik des Selbstbestimmungsrechtes unter gleichzeitiger Fortsetzung der Feindseligkeiten war denn auch geeignet, die algerischen Nationalisten zu erbittern.

In engem Zusammenhang mit der Haltung eines Teils der französischen Truppen in Algerien steht die Tätigkeit der

Geheimen Armeeorganisation (OAS)

Die OAS ist zunächst einmal eine geheime Terroristenorganisation. Sie entfaltet ihre Haupttätigkeit in Algerien, wo sie den illegalen Truppen in die Hände arbeitet. Sie stützt sich dabei auf die französischen Siedler in Algerien, denen sie Steuern auferlegt und diese nötigenfalls durch Erpressung einkassiert. Wenn man bedenkt, daß die Algerienfranzosen, die sogenannten «Pieds noirs», nahezu eine Million ausmachen (neben 8½ Millionen Muselmanen) und sich aus allen sozialen Schichten rekrutieren, kann man sich den Einfluß der OAS leicht vorstellen. Die Tätigkeit der OAS richtete sich anfänglich nur gegen die Muselmanen, welche sie durch Plastikbombenanschläge einzuschüchtern suchte. Diese Plastikbomben sind in ihren Herstellungskosten relativ billig. Sie sind außerdem leicht zu manipulieren, so daß jedermann ohne lange Ausbildung damit umgehen kann. Da die OAS nicht nur wie die Armee gegen organisierte und bewaffnete muselmanische Banden, also gegen die Aufständischen, vorgeht, sondern auch muselmanische Zivilisten nicht verschont, erhält ihre Tätigkeit einen rassistischen Anstrich. Dieser Umstand wirkt um so tragischer, als die Bombenanschläge vielfach nicht nur Sachschaden anrichten, sondern oft auch Tote und Verletzte fordern. Zudem verwendet die OAS neuerdings auch Handgranaten und Feuerwaffen. Je mehr Leid der Krieg und die OAS anrichten, um so größer wird

der Haß zwischen den Algeriern und den Franzosen. Da ein großer Teil der europäischen Bevölkerung hinter der OAS steht, ist die Polizei nicht in der Lage, die verbrecherische Tätigkeit zu unterbinden.

Aktuell wurde das Problem OAS, als die Anschläge auch auf das französische Mutterland übergriffen. Obwohl in der Regel nur Sachschaden entsteht, sind doch auch Tote zu beklagen, darunter als einer der bekanntesten der Bürgermeister von Evian, Blanc. In letzter Zeit scheinen sich die Anschläge mit tödlichem Ausgang zu häufen. Nach dem Attentatsversuch auf General de Gaulle im September 1961 griffen zwar die Behörden durch und verhafteten einige führende Mitglieder dieser Geheimorganisation. Der eigentliche Führer der OAS, General Raoul Salan, der im Abwesenheitsverfahren zum Tode verurteilt wurde, ist allerdings weiterhin in Freiheit, wahrscheinlich irgendwo in Algerien, von wo aus er gelegentlich über das amerikanische Fernsehen Erklärungen abgibt und sich mit seinen Anliegen in Briefen an bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Frankreichs wendet.

Die Stärke der OAS in Frankreich darf allerdings nicht überschätzt werden. Ihre Stärke liegt im Umstand, daß es sich um eine Geheimorganisation handelt, welcher bis jetzt noch niemand beizukommen vermochte. Nach vorsichtigen Schätzungen dürfte sie im Mutterland über kaum mehr als 400 bis 500 aktive Mitglieder verfügen.

Bedenklich ist allerdings, daß eine parlamentarische Debatte in der Nationalversammlung über die OAS von den zuständigen Instanzen unterbunden wurde, obwohl dabei die Mitglieder oder Sympathisanten der OAS wohl hätten Farbe bekennen müssen und damit entlarvt worden wären. Ebenso bedenklich ist die Tatsache, daß die Großkundgebungen vom 19. Dezember 1961 gegen die OAS von der Polizei — gegen den ausdrücklichen Willen ihrer Gewerkschaft — auf Weisung des Innenministers hätten unterdrückt werden sollen, obwohl die Manifestanten beileibe nicht ausschließlich Kommunisten waren.

Ein weiteres betrübliches Kapitel französischer Aktivität in Algerien sind die

Folterungen.

Obwohl auch der FLN mit den gefangenen Soldaten der französischen Truppen und der Fremdenlegion nicht zimperlich umgeht, ist es doch äußerst beschämend, wenn wir in den Berichten von Audin und Alleg lesen, was sich die Vertreter eines der führenden Kulturvölker Europas leisten. In den Gefangenenerlagern sind die Befragungen sozusagen regelmäßig begleitet von Maßnahmen, die nur als Folterungen qualifiziert werden können.

Ebenso kommen Massenerschießungen von zivilen und militärischen Gefangenen vor.

Ein großes Aufsehen erregte kürzlich in der französischen Öffentlichkeit der Prozeß gegen den Direktor des Verlages «Editions de Minuit», Jérôme Lindon. Lindon hatte sich vor einem Gericht des Departements Seine in Paris wegen der im Juli 1961 erfolgten Publikation des Romans «Le Déserteur» zu verantworten, welcher gemäß Anklage geeignet sei, Militärpersonen zum Ungehorsam zu verleiten. Das Buch richtet sich gegen die Folter und fordert die Soldaten aller Grade auf, ihren Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern, sofern sie zu Folterungen gezwungen werden. Lindon erklärte laut stenographischem Bulletin des Prozesses am 6. Dezember 1961 vor Gericht, er habe in den letzten Jahren verschiedene Bücher gegen die Folter veröffentlicht, die nahezu alle beschlagnahmt worden seien, obwohl die Verfassung die freie Meinungsäußerung garantiere. Seit vier Jahren ist es für den Verlag «Editions de Minuit», und seit viel längerer Zeit für gewisse andere Verlage so, als ob die Folter ein legales Mittel geworden sei und als ob es nur illegal sei, darüber zu sprechen. Es gelang Jérôme Lindon, neun Zeugen zu zitieren, die alle bestätigten, daß die Folter in Algerien ein gebräuchliches Mittel sei, Gefangene zu Aussagen zu zwingen. Gemäß diesen Berichten bildete sie 1955 noch die Ausnahme, wurde aber seit 1956 zur Regel.

Vielfach wurden Gefangene direkt in die Folterkammer geschleppt, ohne vorher ausgefragt worden zu sein.

Es kommen dabei die gräßlichsten Methoden zur Anwendung, vom Aufhängen an den Füßen über den Gebrauch von Elektrizität bis zum Begraben von Lebenden. Während der Dauer des Prozesses demolierte übrigens die OAS die Wohnung von Lindon.

Mit dem Verhalten der Regierung gegenüber der OAS haben wir nur ein Beispiel unter vielen, das zeigt, wie sich Präsident de Gaulle und die Regierung Debré der einzigen wirksamen Hilfe für die Lösung ihrer schwierigen Probleme, der Unterstützung der Massen, begeben.

Die Träger der Demokratie, die politischen Parteien,

traten seit 1958, dem Beginn der Ära de Gaulle, in den Hintergrund. Diejenigen, welche anfangs de Gaulle unterstützten, in der Erwägung, er sei derjenige Franzose, der am meisten Chancen habe, das Algerienproblem einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen, kritisieren heute das Regime und wenden sich zum Teil offen von ihm ab. Das gilt insbesondere für die unter Guy Mollets Führung stehenden Sozialisten (SFIO). Mit ihrer allerdings abgelehnten, gegen die Regierung Debré gerichteten Tadelsmotion untermauerten sie ihre seit September 1961 eingenommene oppositionelle

Haltung dem Regime de Gaulle gegenüber. Auch die Radikalen kritisieren de Gaulle und werfen ihm vor, die Lösung des Algerienproblems zu verzögern. Die katholischen Volksrepublikaner, welche mit drei Ministern in der Regierung Debré vertreten sind, haben sich in zwei Gruppen gespalten. Eine größere unterstützt die Regierung Debré weiterhin, während eine kleinere, darunter der Generalsekretär der Partei, Simonnet, die Tadelsmotion unterstützt. Auch die gaullistische Union pour la nouvelle République (UNR) ist in mehrere Gruppen aufgespalten. Obwohl sich in der UNR eine gewisse Indifferenz den aktuellen Problemen gegenüber bemerkbar macht — bei wichtigen Debatten ist bisweilen nur etwa die Hälfte der 230 Mitglieder zählenden Fraktion in der Nationalversammlung anwesend —, verfügt die Regierung Debré über eine wirksame Unterstützung ihrer Politik. Die auf der Rechten stehenden Unabhängigen kritisieren scharf die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung, unterstützen aber das Budget für 1962 und sprachen sich mehrheitlich für die Regierung Debré aus.

Die Kommunisten und Linkssozialisten wandten sich von Anfang an gegen de Gaulle. Die bedeutendsten Führer der Linkssozialisten, Pierre Mendès-France und Edouard Depreux, bekämpften denn auch die Investitur de Gaulles 1958 und gaben für die Abstimmung über die neue Verfassungsvorlage die Neinparole aus. An seiner Pressekonferenz vom 25. September 1961 behauptete Mendès-France,

daß man vom Tage an, als sich de Gaulle von Salan an die Macht bringen ließ, nicht mehr zweifeln konnte, daß seine Trabanten immer kühner würden und daß seine Macht, so stark sie auch zu sein scheint, weder wirksam sei noch respektiert werde.

Die erste Aufgabe jeder Regierung sei es doch, friedliche, von allen akzeptierte Voraussetzungen zu schaffen, und dann auf dieser Grundlage die hängigen Probleme zu lösen.

Die V. Republik hat nach Mendès-France diese Aufgabe nicht erfüllt, weil sie sich der einzigen Unterstützung, die es im 20. Jahrhundert erlaubt, alle Widerstände zu überwinden, begeben hat: der Unterstützung der Massen.

Statt dessen wünscht de Gaulle eine bloß passive Unterstützung durch die Franzosen, welche ohne objektive Information das Vorgehen des «homme providentiel» diskussionslos hinnehmen sollten. Während in der IV. Republik die politischen Führer sich die Gunst der Wähler dadurch sicherten, daß sie ihnen Versprechen machten, welche sie nach den Wahlen nie einlösten, verhindert die V. Republik die öffentliche Meinung, ihren Einfluß überhaupt geltend zu machen und einen Druck auf die Lösung der schwierigen Probleme auszuüben.

Nach zwei Richtungen hat Mendès-France sicher recht. Erstens einmal

steht die V. Republik auf sehr schwachen Füßen.

Das beweisen die Krise in der Armee und das mangelhafte Vorgehen gegen die OAS, welche bis in die obersten Staatsorgane ihre Hintermänner haben soll. Journalisten und Politiker, darunter der sozialistische Bürgermeister von Marseille und Senator Gaston Defferre, behaupten sogar, daß selbst Premierminister Debré, obwohl er sich die These de Gaulles vom Selbstbestimmungsrecht der Algerier geflissentlich zu eigen gemacht hat, im Grunde ein Anhänger der «Algérie française» sei. Man fordert daher den Rücktritt Debrés.

Aber auch der

mangelnde Kontakt zwischen der Exekutive und den Interessen der einzelnen Regionen und Berufsgruppen

wird immer deutlicher. Früher verließen sich die Interessengruppen auf ihre Vertreter in der Nationalversammlung, heute greifen sie zur organisierten Selbsthilfe. Die Bauern müssen sich Gehör verschaffen, indem sie mit ihren Traktoren die Straßen sperren. Die öffentlichen Arbeiter und Angestellten müssen im Kampf um die Wahrung ihrer Interessen ebenfalls immer bis zum äußersten gehen, um etwas zu erreichen. (Fortsetzung folgt)

J. W. BRÜGEL

G. D. H. Coles letztes Wort

An Vielseitigkeit und an Fruchtbarkeit unübertroffen, ist es *George Douglas Houghton Cole*, Theoretiker und Historiker der britischen und der internationalen Arbeiterbewegung, knapp vor seinem Tode (1958) gelungen, ein Werk von gigantischen Ausmaßen nahezu abzuschließen, das allein die Frucht eines arbeitsreichen Lebens sein könnte, bei ihm aber fast nur Nebenprodukt gewesen ist: eine Geschichte der internationalen sozialistischen Bewegung von den Urfängen bis 1939. Unmittelbar vor seinem Tode ist der vierte, in zwei Bände gegliederte Teil «Kommunismus und Sozialdemokratie 1914—1931» erschienen, der auch einiges über die Geschichte der Schweizer Sozialdemokratie sowie über die Persönlichkeit Robert Grimms enthält und sich dabei auf die Bücher von Jacques Schmid, Kups und Gridazzi stützt. Coles Witwe, *Margaret Cole*, selbst eine Historikerin von Ruf — ihre eben erschienene Geschichte der Fabian Society wird noch zu